

# **10-Punkte-Plan der JUSO Schweiz zu Handen Parteitag SP Schweiz**

*Vorschlag der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz zu Handen der  
Jahresversammlung vom 12. und 13. März in Bern*

## **Auf dem Weg zu Freiheit und Demokratie**

Der Parteitag der SP Schweiz vom 30. und 31. Oktober 2010 hat beschlossen, dem neuen Parteiprogramm neben einer Zusammenfassung einen 10-Punkte-Plan zur Umsetzung folgen zu lassen. Dieser Plan soll festhalten, wie wir uns die nächsten konkreten Schritte hin zum demokratischen Sozialismus vorstellen. Die JUSO Schweiz will sich an dieser Debatte beteiligen, handelt es sich doch vor allen anderen Generationen auch um die Gestaltung unserer Welt und unserer Partei.

## **Zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte**

Seit die SP Schweiz 1888 gegründet wurde, hat sich einiges bewegt. Die ArbeiterInnenbewegung und die demokratische Linke konnten während 70-80 Jahren des vergangenen Jahrhunderts grosse politische, soziale, gesellschaftliche und ökonomische Forderungen durchsetzen. Seitdem in den 1970er die Siegeswelle des Neoliberalismus ihren Anfang genommen hat, stehen diese linken Erfolge aber unter massivem Druck von konservativen und neoliberalen Kräften. Dabei wird deutlich, wie neoliberale und rechtskonservative Ideen Hand in Hand gehen: die neoliberalen Forderungen nach Eigenverantwortung, Wettbewerb und Leistung führen dazu, dass die Menschen in ständiger wirtschaftlicher Angst leben und dass die soziale Sicherheit ausgehöhlt wird. Die konservativen Werte geben in diesem Moment einerseits Halt und springen in die Lücke, wo der Sozialstaat nicht mehr sein soll. Das Rad der Zeit soll also in allen Lebenswelten um Jahrzehnte zurückgedreht werden: in der Familie, in der Bildung, in der Sicherheitspolitik, bei den sozialstaatlichen Solidaritäten und nicht zuletzt bei den politischen und ökonomischen Rechten.

Seit den 90er Jahren wird der Kapitalismus als das Ende der Geschichte postuliert. Er ist vor allem eine Art und Weise, wie die Produktion von gesellschaftlichem Reichtum – d.h. unsere Wirtschaft – organisiert wird. Was den Kapitalismus dabei auszeichnet, ist, dass einige wenige alleine über die Ressourcen verfügen und bestimmen, was damit geschieht. Zehn Prozent der Weltbevölkerung kontrollieren beispielsweise 86 Prozent des gesamten Vermögens. Die Schweiz ist eines der Länder mit der ungerechtesten Vermögensverteilung: 1% besitzen gleich viel wie die restlichen 99% zusammen.

Diese Organisationsform ist nicht nur fundamental undemokratisch, sie hat auch einen grossen Haken: Da alles nur einigen wenigen gehört, arbeitet das System auch im Interesse von einigen wenigen und nicht für die Mehrheit. Daran hat auch die grösste Weltwirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg nichts geändert. Im Gegenteil: Die weltweite Finanzkrise wurde nicht zum Anlass genommen, die Funktionsweisen des kapitalistisch-neoliberalen Systems an sich zu überdenken, sondern der Kapitalismus nutzte die Krise zu seinen Gunsten: Anstatt die Dominanz des Finanzkapitals zu brechen, wird diese ausgeweitet. Anstatt die schlussendlich für die Krise verantwortliche krasse Ungleichverteilung des Reichtums zu korrigieren,

wird diese durch Staatsabbau, Sparübungen bei den Sozialwerken und Steuerreformen weiter verschärft.

Warum hat es das kapitalistisch-neoliberale System geschafft, von der Krise zu profitieren?

Weil es die VertreterInnen des kapitalistisch-neoliberalen Systems geschafft haben, ihre Interessen allen Menschen aufzuzwängen, obwohl diese ihren eigenen Interessen entgegenstehen. Alle Lebens- und Politikbereiche sollen nach dem Prinzip von Markt und Konkurrenz organisiert werden, sodass permanent soziale und ökonomische Unsicherheit geschürt wird. Die neoliberal-kapitalistische Hegemonie umfasst unsere gesamten Gesellschaften und Lebenswelten. Sie dominiert nicht nur zunehmend unsere äussere Welt, sondern auch die innere – das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen. Alternativen sind beinahe undenkbar geworden. Wir aber wissen: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Es liegt an uns, dem kapitalistischen System und der neoliberalen Hegemonie mit einer Alternative entgegenzutreten. Unsere Vision heisst demokratischer Sozialismus: wir wollen die konsequente Weiterentwicklung unserer Demokratie im Interesse der grossen Mehrheit und in allen Lebensbereichen. Wir fordern Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

### **1. Mehr Freiheit: Ausbau der Sozialwerke zu einer AEV**

Das aktuelle System der Sozialversicherungen ist in unzählige Kassen aufgeteilt (AHV, IV, ALV, EO, SUVA, KVG, Sozialhilfe usw.). Verschiedene Kassen stehen in Konkurrenz zueinander, Kosten explodieren, Kranke werden von Versicherung zu Versicherung geschoben. So findet eine Entsolidarisierung der einzelnen Gruppen statt, weil sie gegeneinander ausgespielt werden (Behinderte gegen Nichtbehinderte, Kranke gegen Gesunde usw.)

Diese Entsolidarisierung ist politisch gewollt und entspricht der neoliberalen Logik. Das bestehende Sozialversicherungssystem muss daher grundlegend reformiert werden.

Die Sozialwerke sollen in eine allgemeine Erwerbsversicherung (AEV) zusammengefasst werden. Diese nationale Kasse sichert die Menschen gegen die Folgen von Erwerbsausfall ab. Sie soll über progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie über Unternehmens- und Kapitalgewinnsteuern finanziert werden.

### **2. Mehr Freiheit: Abschaffung der Armee**

Die Schweizer Armee steckt in mehr als nur einer Sinnkrise. In den letzten Jahren wurden zunehmend neue Aufgaben wie die Botschaftsüberwachung, Einsätze am WEF und an der EM oder Auslandseinsätze geschaffen, um das Weiterbestehen des Massenheeres zu legitimieren. Zudem bestätigen verschiedene Studien, dass breite Teile der Bevölkerung die Wehrpflicht abschaffen und der Armee Gelder kürzen wollen.

Die Armee verfügt nicht über zu wenig Material, sondern über zu viele Soldaten. Die Armee soll abgeschafft werden, da sie unnützlich ist, Milliarden kostet und keine Lösung für Probleme bietet. Mit den frei werdenden Mitteln kann eine wirkungsvolle und professionelle Katastrophenhilfe aufgebaut und unterhalten werden.

Die SP Schweiz verfolgt dieses Ziel und unterstützt daher aktuelle Projekte, die in diese Richtung gehen, wie z.B. die Initiative „für die Abschaffung der Wehrpflicht“, eine Verkleinerung der Armee, Kürzungen des Armeebudgets oder ein Verbot von Armeeeinsätzen für die „innere Sicherheit“.

### **3. Mehr Demokratie: Demokratische Ökologie statt Atomenergie, Cleantech durch Mobilisierung der Pensionskassengelder**

Mit Schreckensszenarien über eine Energielücke, die in einigen Jahren in der Schweiz herrschen wird, versuchen die Atomlobby und die mit ihnen verbündeten bürgerlichen Parteien neue Atomkraftwerke als einzigen Ausweg darzustellen. Mit Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien sind AKWs jedoch überflüssig. Die bürgerliche Mehrheit wehrt sich aber gegen einen Atomausstieg, weil ihnen sonst Millionen der Atomlobby entgehen. Daher ist eine Umrüstung weg von Atomenergie und hin zu einer demokratischen Ökologie auch aus demokratiepolitischer Sicht dringend notwendig.

Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Die SP Schweiz hat deshalb die Cleantech-Initiative lanciert. Dank Investitionen in erneuerbare Energien werden nicht nur AKWs überflüssig, sondern es entstehen auch 100'000 neue Arbeitsplätze in einer neuen, nachhaltigen Wirtschaftsbranche. Dieser ökologische Umbau der Wirtschaft muss durch eine Mobilisierung der Pensionskassengelder gefördert werden.

### **4. Mehr Demokratie: Überführung der Leistungen von Banken und Versicherungen in den Service Public**

Getreu dem Motto „die Schulden dem Staat, die Gewinne den Privaten“ rettete der Staat die UBS 2008 vor dem Bankrott, ohne jegliche tiefgreifenden Konzessionen für die Zukunft zu machen. Die Gewinne steckten sich die Bankkader wieder in die Tasche.

Das Rettungspaket für die UBS hat drei Dinge gezeigt: erstens ist das Banken- und Versicherungssystem zu unsicher, weil nur der kurzfristige Gewinn und eine möglichst hohe Rendite zählt. Zweitens haben Banken eine Grösse und Macht erreicht, sodass ihr Bankrott eine volkswirtschaftliche Gefahr darstellt. Sie haben daher die Gewissheit, dass der Staat im Falle eines drohenden Ruins einspringen wird. Das Volk versichert also das gierige Treiben der Banken, ohne sich am Gewinn beteiligen zu können. Und drittens haben die bürgerlichen Kräfte alle Hebel in Bewegung und die Demokratie ausser Kraft gesetzt, um ihren Bankenfreunden und Spendern aus dem von ihnen verursachten Schlamassel zu helfen. Die einzige Antwort auf diese Probleme ist die Überführung von Banken und Versicherungen in den Service Public. Banken und Versicherungen stehen im Interesse der Mehrheit. Sie dürfen keine nicht-staatliche Macht sein, die die Politik bestimmt. Genau das ist 2008 passiert und darf nicht wieder passieren.

### **5. Mehr Demokratie: Transparenz in der Parteienfinanzierung**

Die Parteienfinanzierung ist zum heutigen Zeitpunkt ungeregelt und intransparent. Unsummen fliessen jährlich von der Wirtschaft und dem Finanzplatz zu den bürgerlichen Parteien, die deren Befehle einer kleinen reichen Minderheit empfangen und erfolgreich durchzusetzen versuchen. Es erstaunt daher wenig, dass sich die bürgerlichen Parteien vehement gegen eine Offenlegung der Parteifinanz und Spenden wehren, würden sie so doch ihre Geldquellen angeben müssen. Die Intransparenz ist aus mehreren Gründen demokratiepolitisch illegitim. Einerseits können sich die Stimmberechtigten kein Bild über die finanzgebundenen Abhängigkeiten und Interessenskonflikte machen. Andererseits ermöglicht die intransparente Parteienfinanzierung Korruption und schafft ungleich verteilte Mittel bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Politik muss im Interesse der Mehrheit handeln und nicht einer kleinen privilegierten Minderheit dienen. Eine Politik, die von Geld regiert wird, hat versagt. Die SP Schweiz wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen die Transparenz bei der Parteienfinanzierung und die Parteienfinanzierung durch den Bund auf die politische Agenda setzen.

## **6. Mehr Gleichheit: Vermögens- und Reichtumssteuer, materielle Harmonisierung bei den Steuern**

Nachdem sich in der ersten Hälfte des 20. Jh. die Vermögensschere immer mehr geschlossen hat, öffnet sie sich seit der neoliberalen Wende in den 1970er wieder rasant. Steuergeschenke für Superreiche sind an der Tagesordnung und heizen den interkantonalen Steuerwettbewerb zusätzlich an. Zudem wurden in den letzten Jahren zahlreiche Steuern abgeschafft, die vor allem Reiche belastet hatten (Erbchaftssteuer, Schenkungssteuer, Handänderungssteuer etc.) Das reichste Prozent besitzt heute gleich viel wie die restlichen 99% der Bevölkerung zusammen – die Schweiz eines der Länder mit den grössten Vermögensunterschieden. Die SP Schweiz lanciert einerseits eine Initiative zur Wiedereinführung der nationalen Erbschaftssteuer ein und fördert andererseits kantonale Initiativen und Vorstösse, Vermögens- und Reichtumssteuern zu erhöhen. Die Idee der Steuergerechtigkeits-Initiative muss weiterverfolgt werden: Kantone sollen ihr Steuerwesen harmonisieren, um Steuerwettbewerb zu verhindern.

## **7. Mehr Gleichheit: Mindestlöhne und 1:12-Initiative**

Ähnlich wie die Vermögensschere, hat sich die Lohnschere in den vergangenen Jahren ebenfalls massiv geöffnet. Heute verdient ein Top-Manager in der Schweiz durchschnittlich 73mal mehr als der/die Angestellte mit dem tiefsten Lohn. Während ein paar wenige Millionen verdienen, steigt die Anzahl derer, die trotz Arbeit von Armut betroffen sind. Denn

obwohl es zwar in einigen Branchen Gesamtarbeitsverträge mit festgelegten Mindestlöhnen gibt, verdienen zahlreiche Menschen zu wenig, um von ihrem Lohn die Lebenskosten zu bezahlen.

Zwei Initiativ-Projekte, die die SP Schweiz unterstützt, stoppt die Lohnungerechtigkeit:

Die 1:12-Initiative fordert, dass niemand in einem Jahr weniger verdienen soll, als der Top-Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat verdient.

Die Mindestlohn-Initiative verlangt einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von CHF 4000 (42h/Woche), der sich am Konsumentenindex orientiert. Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können.

## **8. Mehr Gleichheit: Kollektivierung von Boden- und Wohneigentum**

Die Knappheit an Boden und Wohnfläche nimmt aus verschiedenen Gründen zu. Bereits heute ist der Anteil der Haushaltsangaben für die Wohnkosten in der Schweiz innerhalb der OECD an grössten. Verschärfend kommt dazu, dass die Schweiz ein nur sehr schwach ausgebautes Mieterrecht kennt. Dies öffnet Missbrauch Tür und Tor. Eine Studie des Bundes kommt zum Schluss, dass zwischen 1985 und 2005 jedes Jahr mindestens drei Milliarden mehr Mietzinses bezahlt wurden, als rechtlich zulässig gewesen wären. Insbesondere in den Innenstädten und den Agglomerationen wird der Druck auf die Wohnungspreise nochmals zunehmen. Das neoliberale Modell der „aufgewerteten Stadt“ trägt das ihrge dazu bei.

Diese Spirale kann nur gestoppt werden, wenn an den Eigentumsverhältnissen etwas verändert wird. Die SP Schweiz will den Anteil des öffentlichen Eigentums an Wohnungen sukzessive auf mindestens 50% erhöhen. Der Verkauf aus Besitz der öffentlichen Hand ist zu stoppe, mittelfristig soll der Boden wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Parallel dazu lanciert der Bund ein Förderprogramm für genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnbau.

### **9. Mehr Solidarität: Einheitskasse**

Jährlich werden die Krankenkassenprämien massiv erhöht. Die Kantone unterstützen zudem einkommensschwache Menschen mit Prämienverbilligungen und subventionieren den ruinösen Wettbewerb der Krankenkassen. Solidarität sucht man im aktuellen Gesundheitssystem mit Kopfprämien, Wahlfranchise, hohen Medikamentenpreisen oder Fallpauschalen vergebens.

Kostensenkungsmassnahmen zugunsten der Versicherten werden von bürgerlichen ParlamentarierInnen, die BefehlsempfängerInnen der Krankenkassen sind, verhindert.

Die Schweiz braucht dringend ein sozialverträgliches Gesundheitssystem, das auf Solidarität aufbaut und für alle bezahlbar ist.

Deshalb hat die SP die Volksinitiative „für eine öffentliche Gesundheitskasse“ lanciert. Sie fordert, dass eine nationale öffentlich-rechtliche Einrichtung künftig für die obligatorische Krankenversicherung zuständig sein wird. So kann der negative Wettbewerb zwischen den 90 privaten Krankenversicherungen endlich gestoppt werden, der nur den Versicherungen nützt und auf Kosten der Versicherten geht.

### **10. Mehr Solidarität: Totale Entschuldung der finanziell schwächsten Länder, Aufstockung der Entwicklungsgelder auf bis zu 5%, Ende des Bankgeheimnisses**

Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt geizt bei den Entwicklungsgeldern an die finanziell schwächsten Länder. Das Verhältnis der Schweiz zu ihnen ist geradezu absurd: Während die Schweiz nicht einmal die von der UNO geforderten 0.7% des BIP als Entwicklungsgelder an die Schwächsten auf dieser Welt zahlt, deckt sie mit dem Bankgeheimnis die gierigen Eliten und Diktatoren der ärmsten Länder. Gleichzeitig verschärft sie im Schnelltempo ihre Asylpolitik und verunmöglicht den Asylsuchenden eine menschenwürdige Behandlung. Solidarität ist in der aktuellen Schweizer Politik gegenüber den ärmsten Ländern ein Fremdwort.

Dabei sollte die Schweiz als reiches Land in der solidarischen Verantwortung gegenüber diesen Länder stehen. Die SP Schweiz fordert deshalb einerseits die sofortige Entschuldung der finanziell schwächsten Länder und eine Aufstockung der Entwicklungsgelder auf bis zu 5%. Andererseits muss das Bankgeheimnis abgeschafft werden, um nicht Diktatoren zu schützen und zu fördern, welche die eigene Bevölkerung ausnehmen und terrorisieren.